

# Arbeiten, um zu leben : welche Existenzsicherung jenseits der Lohnarbeitsgesellschaft?

Autor(en): **Jegher, Stella**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **75 (1997)**

Heft 2

PDF erstellt am: **21.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341330>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Arbeiten, um zu leben

## Welche Existenzsicherung jenseits der Lohnarbeitsgesellschaft?

«Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen», postulierte das Alte Testament. Die Frage, wie die Sicherung der materiellen Existenz mit der Arbeit der Menschen verknüpft werden soll, beschäftigte die Gesellschaft vermutlich zu allen Zeiten. Unterschiedlich waren die zugehörigen wirtschaftlichen Hintergründe und Argumente: Vom moralischen Appell gegen Müssiggang über die Auflehnung gegen den nicht arbeitenden Adel bis zur Forderung nach einem Recht auf Arbeit als Grundlage der menschlichen Existenz.

---

**Stella Jegher**

---

Am Ende unseres Jahrhunderts stellt sich die Frage wiederum und nochmals verschärft. Diesmal vor dem Hintergrund einer nicht nur massiv zunehmenden, sondern auch zunehmend unumkehrbar erscheinenden Massenerwerbslosigkeit. Angekündigt ist das «Ende der Arbeit». <sup>1</sup> Und was dann - mit der Existenzsicherung?

«Muss man sich das Leben <verdienen>, um ein Recht darauf zu haben?» fragt die französische Schriftstellerin Viviane Forrester in ihrem Essay «L'horreur économique», der Anfang 1997 erschien und innert Kürze zum Bestseller avancierte. <sup>2</sup> Anknüpfend an der gesellschaftlichen Situation der Erwerbslosen und der zunehmenden Zahl derjenigen, die es unweiger-

lich zu werden drohen, analysiert sie die Problematik einer Gesellschaft, der das Zentrum ihres sozialen Systems zunehmend abhanden kommt: die Lohnarbeit.

### Normalfall Lohnarbeiter

Auch in der Schweiz wurde das System der sozialen Sicherheit, also der Existenzsicherung der hier lebenden Individuen, auf der Grundlage des «Normalfalls» einer Erwerbstätigkeit aufgebaut. Wie in allen Industriestaaten geht es zurück auf den Versuch des Interessenausgleichs zwischen einem kapitalistisch orientierten Unternehmertum und den von ihm abhängigen, zu Beginn dieses Jahrhunderts zunehmend verelendenden LohnarbeiterInnen. Die allmähliche staatliche Institutionalisierung von Sozialversicherungen gegen bestimmte Risiken wie Alter, Tod des Ehegatten, Invalidität, Krankheit, Arbeitslosigkeit etc. war die Antwort auf die damalige soziale Frage. Wesentliches Element des Konzepts war und ist weitgehend noch immer, dass die Leistungen an eine vorangehende Erwerbstätigkeit oder aber an die (familiäre) Zugehörigkeit zu einem «Versorger» gebunden sind.

Von Anfang an war damit im sozialen Sicherheitssystem aber auch eine strukturelle Benachteiligung all jener angelegt, die nicht direkt selbst am Erwerbsleben teilhatten - unter ihnen als grösste gesellschaftliche Gruppe die Frauen. So wurde, als man(n) in den 40er Jahren die AHV

<sup>1</sup> Vgl. Jeremy Rifkin, *Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft*, New York, Campus Verlag, 1996

<sup>2</sup> Viviane Forrester, «L'horreur économique», éd. Fayard, 1996

**Immer weniger  
Frauen haben die  
Chance auf eine  
volle Stelle.**

einrichtete, kein Rentenanspruch für verheiratete Frauen vorgesehen, die nicht erwerbstätig waren; ebensowenig hatten Frauen nach einer Scheidung irgendein Recht auf die von ihrem Mann «erarbeitete» Rente. Auf erste Verbesserungen mussten sie bis in die 70er Jahre warten, und erst mit der Einführung von Splitting und Betreuungsbonus in der zehnten AHV-Revision wurde wenigstens in gewisser Hinsicht Nichterwerbsarbeit als Grundlage für Ansprüche anerkannt. Ähnlich verhielt es sich mit der Arbeitslosenversicherung: Auch hier hatte bis vor kurzem nur ein Recht auf Leistungen, wer vorher als erwerbstätige Person Beiträge einzahlte; soziale Gratisarbeit, familiäre Tätigkeiten etc. berechtigten nicht zum «Stempeln» – selbst wenn die Suche nach einer Erwerbsarbeit existentiell wurde, was z.B. für viele Mütter nach einer Scheidung oder Trennung der Fall war. Als Alternative zur Armut blieb nur die Sozialhilfe. Die Möglichkeit, auf der Grundlage vorangehender familiärer Betreuungsarbeit Arbeitslosengelder zu beziehen, wurde erst mit der dieses Jahr in Kraft gesetzten jüngsten Revision des Arbeitslosen-Gesetzes eingeführt.

**Working poors – für Frauen  
ein bekannter Status**

Folgerichtig erschien auch Frauen der Weg über eine Erwerbstätigkeit die beste Garantie für eine unabhängige Existenz. Doch auch dieser war und ist bekanntlich steinig. Heute liegt zwar die Beteiligung der 15-64jährigen Frauen am Erwerbsarbeitsmarkt immerhin bei 64 Prozent und ist damit im Gegensatz zu derjenigen der Männer in den letzten fünf Jahren nicht gesunken. Dagegen sank ihre mittlere Jahresarbeitszeit in diesem Zeitraum um 33 Stunden – das heisst, dass immer weniger Frauen die Chance auf eine volle Stelle haben. Weit weniger als die Hälfte der Frauen dürften dementsprechend in der

Lage sein, für sich und ein Kind ein existenzsicherndes Einkommen zu verdienen – Ausländerinnen noch weit weniger als Schweizerinnen.<sup>3</sup> Eine entsprechende Untersuchung von Carola Möller für Westdeutschland von 1993 ergab, dass dort 72% aller Frauen ab 15 Jahren entweder gar kein eigenes oder aber kein existenzsicherndes Einkommen hatten, notabene obwohl fast die Hälfte der erwerbstätigen Frauen Vollzeitarbeit leistete.<sup>4</sup>

Für Frauen war also nicht nur die Ausrichtung des Sozialsystems auf die Voraussetzung einer Erwerbstätigkeit schon immer problematisch: auch der heute viel erwähnte Status von «Working poors» – Erwerbsarbeitenden, die ihre Existenz nicht über ihr Lohneinkommen decken können – ist für sie kaum neu. Wenn wir die unbezahlte Arbeit, deren Hauptteil Frauen noch immer leisten, mit einberechnen, ohnehin nicht.

Im heutigen Kontext der globalen Mobilität von Wirtschaft und Kapital präsentiert sich nun aber die «soziale Frage» auch für Männer nochmals anders. Anstelle der Patrons von Anfang Jahrhundert steht diesmal auf der einen Seite eine kleine Schicht von Leuten, die nurmehr einer sozusagen virtuellen internationalen Wirtschafts- und Finanz»familie», aber kaum mehr einer real existierenden nationalen Gesellschaft verbunden und verpflichtet sind. Ihr gegenüber sieht sich eine wachsende Zahl von Menschen, die verzweifelt und zu immer niedrigeren Löhnen versuchen, im Ausverkauf der Erwerbsarbeit ein Stück dieses raren «Artikels» zu ergattern. Kein Wunder, dass die Regeln und

<sup>3</sup> vgl. dazu: Marina Widmer, Auswirkungen der Krise und der Deregulierungen auf Frauen im Privatsektor in der Schweiz, hrsg. von der Weltwirtschaftsgruppe des Frauenrates für Aussenpolitik, St.Gallen 1997

<sup>4</sup> Carola Möller, Neue Formen der Arbeitsorganisation – Auswirkungen auf Frauenarbeit, 1995, zitiert aus: Theres Wüthrich, Grundeinkommen – Eine Kontroverse unter besonderer Berücksichtigung der Situation der Frauen, Diplomarbeit, Bern 1997

Gebräuche zunehmend verwildern und sich jeden Tag weitere gesellschaftliche Gruppen aus dem Wettbewerb ausgeschlossen finden: Auf dem Spiel steht das Risiko, vom Gegenüber nicht mehr nur ausgebeutet, sondern in seinen Augen schlicht überflüssig zu werden.

Dazwischen steht ein Staat, stehen PolitikerInnen, die ebenso verzweifelt versuchen, die Illusion der Erwerbsarbeit als bestimmenden Faktor unseres sozialen Systems aufrechtzuerhalten: Die einen beschwören ein Wachstum, von dem sie sich wider besseres Wissen neue Arbeitsplätze erhoffen. Die andern setzen auf Verkürzung und Umverteilung der Arbeit (aber nur wenige beziehen dabei die nicht bezahlte gesellschaftliche Arbeit auch nur theoretisch mit ein!) und wagen ebenso wider besseres Wissen noch immer den Slogan «Arbeit für alle». Nochmals andere schaffen ergänzende oder parallele Arbeitsmärkte, womit zwar nicht längerfristige Arbeitsplätze entstehen, auf denen die Erwerbslosen aber doch wenigstens rotieren ...

Und während man sich um die Finanzierungs-krise der Sozialversicherungen im Jahr 2025 sorgt, ein Loch von 50 Milliarden Franken voraussagt und darüber streitet, ob Lohnprozente, Mehrwertsteuern oder gar Goldreserven zu dessen Deckung infrage kämen, rückt die seit fünfzig Jahren geforderte Mutterschaftsversicherung wieder in weite Fernen, und von jenen anderen 50 Milliarden Franken, die die Volkswirtschaft laut Berechnungen von Mascha Madörin den Frauen für ihre gesellschaftlich notwendige Arbeitsleistung schulden würde, ist keine Rede.<sup>5</sup>

<sup>5</sup>Mascha Madörin, Der kleine Unterschied - in Milliarden Franken. Überlegungen zur Umverteilung von Arbeit und Einkommen aus feministischer Sicht. In: Widerspruch 31. Zürich 1996, S. 127-142

## **Staatliche Pflicht zur Existenzgarantie ...**

Muss man sich das Leben verdienen, um ein Recht darauf zu haben? Und was wird aus dem Recht auf soziale Sicherheit, wenn es für immer mehr Menschen unmöglich wird, sie sich zu «verdienen»?

Zwangsläufig stossen wir hier auf die Debatte um eine Entkoppelung von Erwerbsarbeit und Existenzsicherung, die in den USA schon seit den 60er Jahren, in Europa vor allem seit den 80ern geführt wird. Während die bisherigen Ausführungen eine solche Entkoppelung insbesondere aus einer geschlechterbewussten Sicht als dringlich erscheinen lassen, tut sich die politische Mehrheits-Debatte schwer mit der Idee eines existenzsichernden Grundeinkommens bzw. garantierten Mindesteinkommens (GME). Die Einwände orientieren sich wiederum mehrheitlich am genannten Modell der Erwerbsarbeit als Zentrum unserer sozialen Ordnung: Fehlende Anreize, überhaupt noch erwerbstätig zu sein, Sinnverlust, Missbrauch, Gefährdung der bestehenden Sozialversicherungen, Aufgabe des Rechts auf Arbeit. Entsprechende politische Vorstösse kommen nicht voran oder fallen aus bestehenden Initiativen wieder heraus: So geschehen bei der GeGAV-Initiative,<sup>6</sup> in deren Diskussion zunächst ein GME mit drin war, die heute aber bezeichnenderweise nur noch postuliert, dass jede Frau und jeder Mann durch Erwerbsarbeit seinen/ihren Lebensunterhalt bestreiten können soll. Wo reale, ansatzweise in Richtung Grundeinkommen gehende Modelle eingeführt wurden – so in Frankreich mit dem «Mindesteingliederungseinkommen» (Revenu Minimum d'Insertion, RMI) oder in Genf mit dem «Revenu Minimum Cantonal».

<sup>6</sup>Volksinitiative der «Gesellschaft für gerechte Arbeitsverteilung». Die Initiative soll diesen Sommer lanciert werden. Informationen direkt bei: GeGAV, Postfach 7236, 8023 Zürich

**Das Risiko  
besteht, vom  
Gegenüber nicht  
mehr nur  
ausgebeutet,  
sondern in  
seinen Augen  
schlicht  
überflüssig zu  
werden.**

nal d'Aide Social» –, liegen einerseits die Beiträge erheblich unter dem Existenzminimum, andererseits werden sie wiederum nah an eine Verpflichtung zur Erwerbsarbeit geknüpft.<sup>7</sup>

### **... oder bürgerliche Pflicht zur Sozialleistung**

Wir könnten das Problem natürlich auch noch anders angehen: Muss denn soziale Sicherheit immer über Geld definiert werden? Geht es nicht auch um soziale Gerechtigkeit, um Solidarität, gesellschaftliche Verantwortung, Verbindlichkeit im gegenseitigen Zusammenleben? Auch dieser Gedanke hat aus Frauensicht allerdings seine Tücken. So neu wäre es ja nicht, unsere Sicherheit eben nicht über eigenes Geld, sondern indirekt, z.B. über einen «Versorger» (siehe oben!) garantiert zu haben. Für viele Frauen ist dies Alltag, mitsamt den bekannten Abhängigkeiten und einseitigen Verpflichtungen. Neu ist auch der kürzlich wieder gehörte Vorschlag nicht, der Krise mit einem Arbeitsverbot für Frauen zu begegnen, wenn bereits der Ehemann ein Einkommen verdient. Ganz zu schweigen von den Ideen, soziale Aufgaben wieder in Gratisarbeit an Frauen abzugeben, oder vielleicht auch an Ältere, um den Sozialstaat zu entlasten – während Kindergärtnerinnen und Krankenpflegerinnen noch immer darum kämpfen, dass ihre Arbeit einigermaßen als solche wahrgenommen wird.

<sup>7</sup> vgl. zu dieser Debatte u.a.: Garantiertes Mindesteinkommen, Schlussbericht der Arbeitsgruppe der Sozialpolitischen Kommission der SPS, September 1991; Caritas Schweiz, Existenzsicherndes Grundeinkommen? Tagungsbericht, Luzern 1991; Therese Wüthrich, Grundeinkommen - Eine Kontroverse... (s. Anm. 4)

### **Fazit**

Beide Debatten – diejenige um eine Entkoppelung von Erwerbsarbeit und Existenzsicherung und diejenige um eine nicht nur finanzielle Einbindung der Gesellschaft in die soziale Verantwortung – sind trotz der Vorbehalte und heiklen Punkte unumgänglich, wenn nicht allein der wachsenden Erwerbsarbeitskrise oder der vielbemühten Finanzierungskrise wegen, so auf jeden Fall angesichts des fatalen strukturellen und direkten Gewaltpotentials, das in den gegenwärtigen sozialen Verteilungskämpfen angelegt ist – gegen AusländerInnen, Frauen, «Randständige» etc. Die Geschlechtergerechtigkeit muss dabei integraler Bestandteil beider Debatten sein: Das heisst, nachzudenken über verschiedene Formen existentieller Abhängigkeit und die daraus entstehenden Gewaltverhältnisse, über Anerkennung gesellschaftlich notwendiger Arbeit, über die Bedeutung verschiedener Arbeiten für die individuelle und kollektive Wert- und Sinnstiftung. Und so wenig wie der Kampf um eine unabhängige weibliche Existenz je implizierte, dass Männer aus ihrer Verantwortung entlassen werden könnten, darf die Frage nach der Zukunft der sozialen Sicherheit weder die Wirtschaft noch den Staat aus ihrer sozialen Verantwortung entlassen.

Stella Jegher, diplomierte Übersetzerin, langjährige Friedensarbeiterin und Mitbegründerin des Frauenrats für Aussenpolitik (FrAu), arbeitet heute auf dem Büro für Gleichstellung von Frau und Mann der Stadt Zürich.